



Standpunkte.

Bericht aus Berlin | Ausgabe: 15. November 2024 |
Mit Herz und Leidenschaft für Hochtaunus & Oberlahn

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die Entlassung des Bundesfinanzministers, begleitet von einer beispiellosen Herabwürdigung vor laufender Kamera durch den Bundeskanzler, ist ein denkwürdiges und historisches Ereignis in der bundesdeutschen Geschichte. Ich bin mir sicher: Diese Entlassung wird noch Jahre in Bildungskontexten als Negativ-Beispiel dienen, wie eine respektvolle, sachliche und stillvolle Kommunikation nicht sein sollte. Eine blamable Posse eines Bundeskanzlers, der mal den Begriff und die Forderung nach „Respekt“ in den Mittelpunkt seiner letzten Wahlkampagne stellte.

In der Generaldebatte am Mittwoch konstatierte unser Fraktionschef und Kanzlerkandidat Friedrich Merz, dass „eine große Erleichterung durch das Land geht, weil die sogenannte Fortschrittskoalition aus SPD, Grünen und FDP beendet ist“. Er bezeichnete dies als eine „anhaltend gute Nachricht für Deutschland“. Das Ergebnis der Entlassung des Finanzministers und der Aufkündigung der Zusammenarbeit mit der FDP ist eindeutig: Olaf Scholz ist als Bundeskanzler gescheitert und die Regierung Scholz verfügt nicht mehr über die erforderliche parlamentarische Mehrheit.

Durch sein mittlerweile vereiteltes Vorhaben, den Neuwahltermin bis Ende März hinauszuzögern, setzte der Bundeskanzler das Parlament der Gefahr von Zufallsmehrheiten unter Beteiligung von Kräften aus, mit denen die Union keine Zusammenarbeit eingehen wird. Ich bin froh, dass meine Fraktion hier eine wesentliche Rolle gespielt hat, bis zur nächsten Bundestagswahl am 23. Februar des kommenden Jahres durch gezielte Vorkehrungen mit Blick auf die Bestimmungen von Tagesordnungen ein systematisches Vorgehen zu etablieren: Auf die Tagesordnung kommen nur diejenigen dringlichen Angelegenheiten, die keinen Aufschub dulden und zwischen den Fraktionen der demokratischen Mitte einigungsfähig sind. Natürlich birgt es eine von der Ampel-Regierung zu verantwortende Verzögerungsgefahr mit Blick auf so viele entscheidungsreife Fragestellungen, vor allem, wenn ich an den Bürokratieabbau, die Abschaffung des Lieferkettengesetzes oder Fragen der Cybersicherheit denke, um nur einige wenige Beispiele aufzulisten. Diesen Kompromiss halte ich indes für notwendig, um Zufallsmehrheiten mit AfD, Linken oder BSW zu riskieren.

Mit herzlichen Grüßen

Ihr Markus Koob



Schwerpunkte dieser Ausgabe

- Ausgang der US-Wahl
- Nie wieder ist jetzt: Jüdisches Leben in Deutschland schützen
- Im Gespräch mit angolanischen Abgeordneten
- Gute Nachricht der Woche: Deutschland ist wieder auf Glückskurs

US-Wahlen und ihre Auswirkungen für Deutschland.

In der vergangenen Woche waren 244 Millionen Amerikanerinnen und Amerikaner dazu aufgerufen, den 119. Kongress und den 47. Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika zu wählen. Die Amerikanerinnen und Amerikaner haben sich entschieden, dass Donald J. Trump für die nächsten vier Jahre das Land als Präsident im Weißen Haus führen soll. Er wurde mit einem in jeder Hinsicht starken Mandat versehen: Neben der Mehrheit im Wahlkollegium hat er auch absolut über fünf Millionen Stimmen mehr als seine Herausforderin, Vizepräsidentin Kamala Harris erhalten und gewann somit auch den „popular vote“.

Standpunkt: *In dieser Situation käme es auf eine handlungsfähige deutsche Bundesregierung an, die gemeinsam mit den engsten europäischen Partnern über die nun drängenden Fragen berät, darunter die Frage, wie Deutschland gemeinsam mit seinen europäischen Verbündeten mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit übernimmt. Unter der Kanzlerschaft von Olaf Scholz ist das größte Mitgliedsland der Europäischen Union in die außenpolitische Handlungsunfähigkeit geraten. Zurecht bezeichnete Friedrich Merz in seiner Rede angesichts der Wahl von Trump und den sich abzeichnenden handelspolitischen Folgen die Aufgabe als „vordringlich“, die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Volkswirtschaft wiederherzustellen. Die hierfür erforderlichen Maßnahmen sollten wir nach dem Regierungswechsel zügig treffen. •*

Interfraktioneller Antrag „Nie wieder ist jetzt“

Anlässlich des Jahrestags der „Reichspogromnacht“ vom 9. November 1938 haben wir gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen einen Antrag zum Schutz und für die Stärkung jüdischen Lebens in Deutschland ein. Insbesondere seit dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 sehen wir eine deutliche Zunahme antisemitischer Straftaten und Äußerungen des Judenhasses auf unseren Straßen. Das sichtbare Anwachsen des Antisemitismus ist nicht nur eine Bedrohung für die jüdische Gemeinschaft in Deutschland. Es stellt auch einen Angriff auf die Werte und Grundsätze unserer gesamten Gesellschaft dar. Dies unterstreicht die Notwendigkeit, jüdisches Leben in Deutschland aktiv zu schützen und weiter zu stärken.

Standpunkt: *Deutschland trägt eine besondere Verantwortung im Kampf gegen Antisemitismus. Der Anstieg judenfeindlicher Übergriffe und die Äußerungen antisemitischen Hasses auf unseren Straßen sind alarmierend. Ich bin froh, dass wir mit diesem gemeinsamen Antrag aus der demokratischen Mitte ein kraftvolles Zeichen gegen diese widerwärtigen und geschichtvergegnenen Umtriebe gesetzt haben: Ein klares Bekenntnis zu Israels Sicherheitsinteressen und Selbstverteidigungsrecht sowie der Ausschluss staatlicher Förderung für alle Organisationen, die mit der sogenannten BDS-Bewegung in Verbindung stehen, zum Boykott Israels aufrufen oder sonstige antisemitische Inhalte verbreiten. •*

Im Gespräch mit Abgeordneten aus Angola

Am Rande dieser besonderen Sitzungswoche hatte ich in meiner Funktion als stellvertretender Vorsitzender des Arbeitskreises Afrika meiner Bundestagsfraktion die große Freude, einige Abgeordnete unserer angolanschen Schwesterpartei UNITA im Deutschen Bundestag zum Gespräch zu treffen. Gemeinsam mit meinen Kollegen Dr. Carsten Brodesser und Volkmar Klein diskutierten wir Möglichkeiten, unsere bilateralen Beziehungen auszubauen – insbesondere der Wunsch nach Investitionen wurde deutlich artikuliert. Auf großes Interesse stieß der deutsche Föderalismus; könnte er doch ein Weg für Angola sein, die bislang in der Hauptstadt Luanda auf Eliten der Partei MPLA zentralisierte Regierungsmacht zu beschränken.

Vielen Dank an die Delegation unter Leitung des stellvertretenden Parteivorsitzenden der UNITA, Simao Albino Antonio Dembo, für ihren Besuch und an die Konrad-Adenauer-Stiftung Windhoek für die Organisation. •

Die gute Nachricht der Woche Lebenszufriedenheit der Deutschen hat sich verbessert.

Laut dem aktuellen "Glücksatlas" hat sich die Lebenszufriedenheit der Deutschen im Jahr 2024 wieder verbessert. Nach den herausfordernden Jahren der Corona-Pandemie und angesichts wirtschaftlicher Unsicherheiten stieg der Zufriedenheitswert auf 7,06 von 10 Punkten. Besonders positiv bewerten die Menschen ihre soziale Verbundenheit und das Sicherheitsgefühl. Allerdings zeigen sich weiterhin regionale Unterschiede: Während die Zufriedenheit im Süden des Landes höher ist, liegen die neuen Bundesländer leicht darunter. Themen wie finanzielle Sicherheit und steigende Lebenshaltungskosten bleiben Sorgenfaktoren, doch die Zuversicht ist insgesamt wieder gestiegen. •